

## Pressemitteilung der Bürgerinitiative Grünes St. Magnus

Bremen, den 1.7.2013

**Gemeinsamer Brief von St. Magnuser Anwohnern und Mitgliedern unserer BI an den Leiter des Bauamtes Bremen-Nord im Rahmen der „Nachträglichen Anregungen“ zum Protokoll der Einwohnerversammlung vom 16.4.2013.**

**Mit diesem Brief, der von 27 Bürgern unterzeichnet wurde, davon 23 BI-Mitglieder, haben wir dem Bauamtsleiter, Herrn Donaubauer über 2200 Unterschriften gegen ein massives Bauprojekt an der Billungstraße und für eine ergebnisoffene Planungskonferenz übergeben. Über 950 Unterschriften stammen nach unserer Auswertung dabei allein aus den angrenzenden Straßen der Billungstraße. Daneben erheben wir die Forderung nach einer neutralen Moderation bei kommenden Versammlungen, die nicht mehr durch den Burglesumer Ortsamtsleiter erfolgen sollte.**

Die Bürgerinitiative Grünes St. Magnus setzt sich für andere Nutzungen eines Parkrand-Geländes an der Billungstraße ein, als es einer massiven Wohnbebauung zuzuführen. Wir bekommen den Eindruck, dass die Planungen hier sehr einseitig auf ein Wohnbauprojekt ausgerichtet sind, intransparent durchgeführt werden und mit aller politischer Macht durchgesetzt werden sollen, notfalls auch gegen den Willen der Bürger.

Das Gelände liegt zwischen zwei bzw. drei Baumreihen, zeichnet sich durch einen parkartigen Charakter und die geografische Mitte von St. Magnus aus und grenzt an den denkmalgeschützten Knoops Park. Angesichts dieser besonderen Lage des Geländes und angesichts von verschiedenen möglichen Nutzen für die Allgemeinheit<sup>1</sup> können wir nicht erkennen, dass mit diesem Stadtraum in professioneller und verantwortungsvoller Weise in Verwaltung und Politik umgegangen und geplant wird. Ein transparenter und öffentlich durchgeführter Abwägungsprozess von verschiedenen Bürgerinteressen steht weiterhin aus.

St. Magnuser Bürger und Mitglieder der Bürgerinitiative Grünes St. Magnus haben aufgrund dieses Missstandes im Rahmen von „Nachträglichen Anregungen“<sup>2</sup> zur Einwohnerversammlung vom 16.4.2013 einen Brief an den Leiter des Bauamtes Bremen-Nord, Herrn Maximilian Donaubauer geschrieben und ihm über 2200 Unterschriften übergeben. Von den 27 Personen, die den Brief unterzeichnet haben, wohnen 26 Bürger in den Straßen Auf dem Hohen Ufer, Billungstraße, Richthofenstraße und Weizenfurt. 23 der 27 Personen sind Mitglieder der Bürgerinitiative Grünes St. Magnus.

In diesem Brief (siehe Anhang 1) weisen wir darauf hin, dass wir die Unterschriften, die sich gegen eine Bebauung und für eine ergebnisoffene Planungskonferenz aussprechen, datentechnisch aufbereitet haben. Wir konnten daraufhin erkennen, dass unsere Unterstützer zu 94 % in Bremen-Nord wohnen und über 950 Unterschriften aus

---

<sup>1</sup> Siehe: Unser Flugblatt vom 31.5.2013, unsere Pressemitteilungen vom 3.6.2013 auf [www.gruenes-sankt-magnus.de](http://www.gruenes-sankt-magnus.de), den Presse-Artikel in „Die Norddeutsche“ vom 17.6.2013, „Grün statt Beton“ von Peter Otto und unsere Presse-Mitteilung vom 30.6.2013

<sup>2</sup> Siehe den Aufruf des Bauamtes Bremen-Nord vom 21.5.2013 in „Die Norddeutsche“: „Protokoll im Internet“

den umliegenden Straßen der Billungstraße bzw. aus St. Magnus stammen. Auch diese 54 St. Magnuser handschriftlich angefertigten „Straßenlisten“, insgesamt sind es etwa 500, haben wir Herrn Donaubauber zur Verfügung gestellt.

Wir teilen Herrn Donaubauber mit, dass wir noch eine weitere Zunahme an Unterschriften erwarten. Und wir fragen ihn, wie eine derartig große Anzahl von politischen Willensbekundungen übergangen werden kann. Angesichts dieser sich abzeichnenden breiten Ablehnung des Bauvorhabens und dem bekundeten Willen zur Mitgestaltung ist es unserer Meinung nach jetzt angebracht, die Bürger nach den Gründen ihrer Ablehnung zu befragen und nach offeneren Beteiligungsformaten für sie zu suchen, die über den gesetzlichen Rahmen hinausgehen.

In unserem Schreiben beklagen wir ferner die einseitige Art und Weise, in der der Burglesumer Ortsamtsleiter, Herr Boehlke, die erste Einwohnerversammlung nach § 3,1 Baugesetzbuch am 16.4.13 im Verwaltungssaal von Friedehorst zur beabsichtigten Bebauungsplanaufstellung Nr. 1274 leitete. Eingangs wurde von ihm das folgende Denkverbot ausgegeben, das an eine Leinwand projiziert wurde: Hier gehe es nur noch um die Frage „wie“ gebaut werde, nicht mehr darum „ob“ gebaut werde.<sup>3</sup>

Damit hält sich der Ortsamtsleiter nicht an den gesetzlichen Rahmen einer solchen Veranstaltung, denn der §3,1 des Bau-Gesetzbuches gebietet u.a. für eine solche Versammlung:

„Die Öffentlichkeit ist möglichst frühzeitig über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung, sich wesentlich unterschiedliche Lösungen, die für die Neugestaltung oder Entwicklung eines Gebiets in Betracht kommen und für die voraussichtlichen Auswirkungen der Planung öffentlich zu unterrichten; ihr ist Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung zu geben. [...]“

Wir weisen im Rahmen unserer „Nachträglichen Anregungen“ noch einmal auf das im Auftrage des Senators für Umwelt in den Jahren 2005/2006 erstellte Müller-Glaßl-Gutachten, das hier bekanntlich zu verschiedenen Lösungen kommt:

Die Gutachter Müller-Glaßl & Partner können sich hier eine „in die parkartige Randstruktur integrierende Freizeiteinrichtung mit intensiver Nutzung“ vorstellen, die gegenüber einer neuen Wohnanlage „insofern zu bevorzugen“ sei, da sie sich besser in die „noch vorhanden Parkrandstruktur integrieren“ ließe und „optisch einen ländlicheren Charakter aufweisen würde.“ (ebd., S. 45) Daneben gibt es zahlreiche Planungs-Vorstellungen der BI Grünes St. Magnus, siehe etwa unsere Pressemitteilung vom 29.6.2013.

Wir stellen in unserem Brief jedoch fest, dass wir auf besagter Versammlung am 16.4. nicht feststellen konnten, dass die „Öffentlichkeit“ über „sich wesentlich unterscheidende Lösungen“ seitens des Ortsamtsleiters „unterrichtet“ wurde: Er unterrichtete die Öffentlichkeit weder über die Alternativen des Müller-Glaßl-Gutachtens, noch über die Vorstellungen der BI. Vielmehr wurde von Herrn Boehlke

---

<sup>3</sup> Siehe: Protokoll der Einwohnerversammlung vom 16.4.2013 unter <http://www.ortsamt-burglesum.bremen.de/sixcms/media.php/13/Einwohnerversammlung%20Billungstra%DFe%20anonymisiert.pdf>

in sehr offensiver Art und Weise die Wohnbau-Alternative als alternativlos dargestellt, da sie angeblich durch politische Beschlüsse bereits eindeutig legitimiert sei, was nicht gänzlich den Tatsachen entspricht.

Denn die Deputationsvorlage vom 25.4.2008 (siehe Anhang 2) berücksichtigt in ihren verschiedenen Planungszielen eine „ergänzende Wohnbebauung mit geringer Dichte an der Billungstraße“ ebenso, wie etwa eine „Sicherung und Weiterentwicklung der öffentlichen Parkanlage Knoop's Park“ und eine „Steigerung der Erholungs- und Landschaftserlebnisfunktion“.

In dem derzeit gültigen Deputations-Beschluss vom 22.5.2008 (siehe Anhang 3) weist Herr Steuer unter TOP 12 zunächst auf „die zu diesem Thema verteilten Hintergrundinformationen (Broschüre)“ hin, womit das Müller-Glaßl-Gutachten gemeint ist. Einstimmig beschlossen wird dann: „Die Planung soll im Grundsatz die in der Deputationsvorlage enthaltenen Ziele und Zwecke verfolgen.“<sup>4</sup>

Einer dieser Zwecke ist ja die Umsetzung des Entwicklungskonzeptes. Eine Wohnbebauung wird hier jedoch nur für den Fall vorgesehen, dass eine „Finanzierungsquelle“ für die „Umsetzung“ des Entwicklungskonzeptes, also insbesondere für die Entwicklung von Haus Kränholm benötigt werde.<sup>5</sup>

Bekanntlich hat sich der Kulturhof Kränholm aber mittlerweile unter tatkräftiger finanzieller Hilfe eines Mäzens entwickelt.

Aufgrund dieser einseitigen Informierung der Öffentlichkeit, die mit nicht angemessenen Interpretationen einer Sachlage arbeitet, fordern wir den Bauamtsleiter auf, für alle kommenden Einwohner- oder sonstigen Versammlung zum Thema St. Magnuser Geest/Billingstraße von einer Moderation durch den Burglesumer Ortsamtleiter abzurücken. Wir regen informelle Bürgerbeteiligung-Formate nach verschiedenen Bremer Beispielen an (Dedesdorfer Platz, Zukunftswerksatt Vegesack) und fordern für jegliche kommende Versammlungen eine neutrale Moderation, die möglichst nicht aus Bremen kommt. Als Moderator schlagen wir vor:

Herrn Prof. Dr. Klaus Selle  
RWTH Aachen  
Fakultät für Architektur  
Wüllnerstraße 5b  
D- 52065 Aachen  
0241/809 83 00  
selle@pt.rwth-aachen.de

Zudem weisen wir in unserem Schreiben darauf hin, dass wir uns durch die Frage auf der Einwohnerversammlung vom 16.4., wie wir denn unsere Integrationsbereitschaft von Neubürgern verbessern könnten, vor den Kopf gestoßen fühlen.<sup>6</sup>

---

<sup>4</sup> Siehe zu beiden Dokumenten: [www.gruenes-sankt-magnus.de](http://www.gruenes-sankt-magnus.de), Dokumente

<sup>5</sup> Siehe: Müller-Glaßl-Gutachten, S. 30 unter : [www.gruenes-sankt-magnus.de](http://www.gruenes-sankt-magnus.de), Dokumente

<sup>6</sup> Siehe: Protokoll der Einwohnerversammlung vom 16.4.2013 unter <http://www.ortsamt-burglesum.bremen.de/sixcms/media.php/13/Einwohnerversammlung%20Billingstra%DFe%20anonymisiert.pdf>

Seit über 40 Jahren haben die ältesten Bewohner der Billungstraße in dieser Straße und in St. Magnus immer neue Nachbarn hinzubekommen, mit denen sie in guter Nachbarschaft leben. Hier wird versucht ein Bild aufzubauen, das in keiner Weise den Tatsachen entspricht.

#### Die Sprecher der Initiative

Olaf Brandtstaedter	Dr. Harry Maretzke
Buddestr. 8/10	Billungstraße 16
28215 Bremen	28759 Bremen
bra@uni-bremen.de	harry@maretzke.net
c/o	
Helmut Brandtstaedter	
Billungstraße 3A	
28759	